

Presseerklärung

Richterbund überreicht Justizministerin Müller-Piepenkötter 23 Vorschläge zur Stärkung des Strafverfahrens

Der Bund der Richter und Staatsanwälte – NRW - hat der Justizministerin des Landes, Roswitha Müller-Piepenkötter, gestern in Düsseldorf das von ihm erarbeitete Papier „Effektive Strafjustiz in Zeiten knapper Ressourcen“ überreicht.

Hier werden 23 Änderungs- und Vereinfachungsvorschläge für das Strafrecht gemacht. Ziel ist, die Abläufe des Strafverfahrens effektiver zu gestalten und damit zu beschleunigen.

„Wir halten mehr Personal für unerlässlich. Die Überlastung der Justiz kann jedoch durch eine Aufgabenreduzierung und durch effektivere Verfahren abgemildert werden. Hier haben wir der Politik nun Vorschläge unterbreitet und eine Zusammenarbeit angeboten“, so der stellvertretende Landesvorsitzende, Oberstaatsanwalt Johannes Schüler.

In dem Papier werden in den verschiedensten Bereichen des Strafrechts Verbesserungsvorschläge gemacht:

- Unter anderem sollen Hauptverhandlungen nicht mehr so häufig vertagt werden müssen; das möchte der DRB dadurch erreichen, dass die Vorführmöglichkeiten für säumige Zeugen verbessert werden.
- Zeitersparnis verspricht sich der DRB-NRW auch durch den Einsatz von Simultandolmetschern in Verfahren mit vielen Prozessbeteiligten, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Dazu muss bei den größeren Gerichten Konferenztechnik beschafft werden.
- Die Staatsanwaltschaften sollen auch nicht länger von Anzeigenerstatern zur Klärung schwieriger zivilrechtlicher Vorfragen missbraucht werden. Hier soll auf den Rechtsweg zu den Zivilgerichten verwiesen werden dürfen.
- Missbräuchlichen Beschwerden soll durch Einführung einer Beschwerdegebühr begegnet werden.
- Ausgeweitet werden soll auch das Privatklageverfahren, so dass vermehrt ehrenamtliche Schiedsleute eingesetzt werden können.
- Ihre Arbeit soll den Staatsanwälten weiter dadurch erleichtert werden, dass sie Zugang zu einem zentralen Melderegister und zu einem Haftregister erhalten.

Oberstaatsanwalt Schüler weiter: „Die Politik bleibt gefordert, die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Daneben muss sie den überlasteten Richtern und Staatsanwälten zumindest die Arbeit erleichtern. Nach Jahren, in denen der Justiz immer mehr und neue Aufgaben zugewiesen wurden, muss dieser Trend nun gebrochen werden. Hierzu haben wir Vorschläge gemacht. Wir sehen die Politik nun in der Pflicht“.

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: OStA Johannes Schüler 01722644773

Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit 2.950 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.